



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/34 - 9.21.1955
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Der Kanzler und der Moskauer Führungswechsel	S. 1
Die USA und der Formosa-Konflikt	S. 3
Spaltungstendenzen in Nordrhein-Westfalen	S. 5
Fragebogen als getarntes Pamphlet	S. 7

Schablone statt Politik

sp - Das große "Revirement" im Kreml - das Wort in bewußter Ablehnung an die westlicheren Formen gewählt, in denen sich diesmal der Führungswechsel im Kreml vollzog - hat dem Westen zunächst den Atem verschlagen. Vielleicht ist zum Teil auch damit die auffallende Zurückhaltung zu erklären, die die maßgebenden Stellen der westlichen Welt bisher bei der Beurteilung der Vorgänge in Moskau an den Tag geläugt haben. Aber nicht nur dieses Schreckmoment wird dafür bestimmt gewesen sein, sondern auch die Überlegung, dass es in jedem Fall unzweckmäßig ist, mit übereilten Kommentaren bei der Hand zu sein, die einer späteren Nachprüfung dessen, was sich zugetragen hat, nicht standhalten können. Nur eine nennenswerte Ausnahme hat es in dieser Hinsicht auch diesmal wieder gegeben.

In Frankfurt hielt es der Bundeskanzler für richtig, kurz dass man ihm die ersten Nachrichten aus Moskau in die Hand gedrückt hatte, mit seinem kategorischen Urteil sofort zur Stelle zu sein. Aus der Tatsache, dass Chruschtschow in seinem viel zitierten Hearst-Interview den unmittelbar bevorstehenden Rücktritt Malenkows unerwährt ließ, schloß der Kanzler messerscharf, dass man den Sowjets eben nicht glauben könne und dass es deshalb keinen Zweck habe, mit ihnen zu verhandeln. Diese Unterlassung Chruschtschows war offenbar das einzige, was den Kanzler an diesem anderthalb Stunden währenden Interview interessierte, das eine Fülle hochpolitischer Feststellungen enthielt, diesmal sogar ohne jede propagandistische Verbrämung. Hier

wird die alte Praxis sichtbar, die leider nicht nur vom Bundeskanzler, wenn von ihm auch besonders ausgeprägt, geübt wird: Unbequeme und schwerdurchschaubare Passagen sowjetischer Erklärungen werden übergangen und nur das wird vergrößernd und in billiger polemischer Art aufgegriffen, was in den eigenen Streifen passt. Gerade die Erfahrung im Umgang mit dem Nationalsozialismus hätte eigentlich den Westen schon lange dahin bringen sollen, mit Eifer die besonderen Aussageformen der sowjetischen Politik zu studieren, die Kunst zu erlernen, sozusagen zwischen den Zeilen der sowjetischen Entwicklung zu lesen, das propagandistische Gewand vom politischen Kern zu unterscheiden.

Das Drängen der SPD und großer Teile der Öffentlichkeit, die Sowjetunion nun beim Wort zu nehmen, wird gewiß nicht durch die Tatsache entwertet, dass Chruschtschow sich den Rücktritt Malenkows für die Sitzung des Obersten Sowjets selbst aufsparen wollte. Wohl aber wird die Notwendigkeit zu Verhandlungen durch den eigentlichen politischen Inhalt dessen, was er in seinen schon erwähnten Interview sagte, nur bekräftigt, übrigens auch durch die Erklärungen des Außenministers Molotow zur internationalen Situation. Im übrigen ergibt sich für den, der es mit der deutschen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit wirklich ernstmeint, in jedem Fall und unabhängig davon, wer im Kreml die Fäden zusammenhält, das unerlässliche Erfordernis, die Bemühung um einen Ausgleich nicht aufzugeben und die Westmächte, die eigentlichen Partner der Sowjetunion, auf diesen Weg zu drängen. Es ist nicht nur töricht, sondern in hohem Maße verdächtig, wenn das maßgebende westdeutsche Echo auf die Vorgänge in Moskau nichts anderes als schlechtverhüllte Genugtuung darüber ausdrückt, dass Verhandlungsmöglichkeiten jetzt angeblich überhaupt nicht mehr bestünden. In Wirklichkeit stehen die Erklärungen der Sowjetunion vom 15. Januar nach wie vor zur internationalen Diskussion.

Gerade in dieser Stunde der Ungewissheit und einer sich möglicherweise anbahnenden Verschärfung der internationalen Lage hätte die westdeutsche Politik allen Anlass, nicht durch abfällige Äußerungen gegenüber der mitteleuropäischen Besatzungsmacht oder durch vorschnelle ausschließliche Tatsachen die letzten Möglichkeiten eines Ausgleichs, durch den allein auch eine deutsche Wiedervereinigung zustande kommen kann, zu verschütten. Das aber würde mit einer forcierten Ratifizierung der Pariser Verträge geschehen. Zurückhaltung ist deshalb umso notwendiger und liegt uns näher, als das Schicksal der Pariser Verträge in Frankreich völlig offen ist und man in Bonn nicht noch einmal den Fehler begehen sollte, wie es bei der EVG geschah, den eigenen Übereifer durch die französische Haltung korrigiert zu sehen. Noch sind die Weichen der sowjetischen Politik nicht endgültig gestellt. Dass aber die Richtung dieser Politik wesentlich davon abhängt, ob der Westen und insbesondere die Bundesregierung starr an der Bewaffnung Westdeutschlands festhalten, ohne vorher den Versuch eines neuen Gesprächs über die Deutschlandfrage zu unternehmen, kann keinem Zweifel unterliegen.

Die Ostasien - Krise nimmt bedrohlichen Umfang an

H.S., New-York, Anfang Feb.

Ministerpräsident Tschu-En-Lai, Regierungschef der "Volksrepublik" China hat mit mussolinischer Grandezza die Tür zu Verhandlungen, die der Sicherheitsrat der "Vereinten Nationen" vorsichtig und sorgfältig geöffnet hatte, zugeschlagen. Der Sicherheitsrat hatte am 31. Januar, wie erinnerlich, auf eine von Neuseeland eingebrachte und hauptsächlich vom gesamten Britischen Commonwealth unterstützte Initiative hin beschlossen, Verhandlungen über die Krise in der Meerenge von Formosa aufzunehmen und zu versuchen, eine Waffenruhe zwischen den beteiligten Mächten herbeizuführen und damit eine allgemeine Entspannung, die zu weiteren Schritten zu Festigung des Friedens gefolgt werden könnte, einzuleiten. Der Rat beschloss ferner, die kommunistische Regierung in Peking einzuladen, eine Vertretung nach New York zu entsenden und sich somit an der Debatte im Sicherheitsrat zu beteiligen; das kommunistische China ist, wie bekannt, nicht in der Weltorganisation vertreten.

Die Formosa-Entscheidung

Das Erscheinen der chinesischen Kommunisten an New Yorker Ratstisch hätte an sich noch keine Lösung des Konfliktes bedeutet, - Peking hätte ja immer noch zu dem dort herausgearbeiteten Kompromiss, etwa der dort festgelegten Demarkationslinie zwischen kommunistischem Festland und nationalistischem Formosa, Nein sagen können. Aber Peking ging darüber weit hinaus: es lehnt ja bereits das Vermittlungsverfahren vor dem Rate als solches ab, dass man notgedrungen schließen mußte, es habe keinerlei Interesse an einer vernünftigen Friedensregelung, sondern nur an der Torpedierung und Sabotage aller Bestrebungen, den Frieden zu erhalten.

Man hat vielfach in der freien Welt die Ostasienpolitik der Amerikanischen Regierung scharf kritisiert, - vor allem seit in den beiden letzten Jahren die extrem-Tschiang-Kai-schek-Richtung, also Senator Knowland und Admiral Radford, so großen Einfluss auf die Washingtoner Entscheidungen gewonnen haben. Eine solche Kritik, die man auch vielfach in Amerika selber hört, mag wenigstens teilweise nicht unberechtigt sein. Es kann auch sehr wohl zugestanden werden, dass die Formosa-Resolution, die der Kongress vor wenigen Wochen fast einetimmig angenommen hat und die Präsident Eisenhower ermächtigt, zur Verteidigung Formosas - und einiger anderer, im Augenblick noch heftiger umstrittener Inseln - die Siebente Flotte einzusetzen, indirekt den Keim zu einem großen und schweren asiatischen Konflikt in sich birgt. Das ändert jedoch nichts an der zentralen

Problematik, so wie sie heute besteht: die Vereinigten Staaten haben die Anrufung des Sicherheitsrates unterstützt und sich mit der Etablierung einer Demarkationslinie zur Sicherung des Friedens einverstanden erklärt, auch auf die Gefahr hin, dabei Kompromisse schließen zu müssen.

Noch mehrere Wege offen

Bedeutet das nun, dass Peking starr und unabänderlich auf einen Krieg hinsteuert? Weiß man in Peking nicht, dass eine solche Auseinandersetzung, rein militärisch gesehen, eine höchst bedenkliche Sache mit mehr als zweifelhaftem Ausgang ist, selbst wenn man unterstellen sollte, dass Amerika in diesem Fall nicht auf die Waffenhilfe seiner europäischen Alliierten rechnen kann? Nach sämtlichen vorliegenden Informationen sieht es in der Tat eindeutig so aus, als ob Peking auf einen Krieg hinsteuert und gleichsam nur die Alternative "Bedingungslose Kapitulation der Gegenseite oder bewaffnete Auseinandersetzung" anerkennt.

Dennoch dürfte das nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Tschu-En-Lai hat im gleichen Atemzug, in dem er die Einladung des Sicherheitsrates verwarf, eine Tür offen gehalten und erklärt, "echte" Verhandlungen zur Friedenssicherung begrüßen zu wollen. Demnach stehen immer noch mehrere Wege offen: entweder die Einberufung einer großen Ostasienkonferenz außerhalb der UNO (ähnlich der Genfer Konferenz über Indochina im letzten Frühjahr), oder direkte Verhandlungen zwischen Peking und Washington, oder aber indirekte Verhandlungen, durchgeführt von irgendwelchen Vermittlern, wofür z.B. der indische Ministerpräsident Nehru in Betracht käme. Solche Vermittlungsbemühungen hat es in den letzten Wochen, durchweg von Seiten der Engländer oder wenigstens anderer Mitglieder des Britischen Commonwealth, vielfach gegeben, - und sie mögen sich noch in irgend einer Form auswirken.

Ausweg "Kalter Waffenstillstand"

Andererseits sind die Amerikaner über die Idee einer "großen" Konferenz außerhalb der Weltorganisation nicht sehr erfreut, wenigstens gleich sie diese auch nicht torpedieren werden. Nach amerikanischer Auffassung gehört ein Konflikt, der den Frieden gefährdet, vor die Vereinten Nationen - und vor kein anderes Gremium. Tschu-En-Lai hat mit seiner schroffen Attacke gegen die Weltorganisation zunächst nur erreicht, dass die Friedensfreunde in Amerika vor den Kopf gestoßen wurden und die Position der Extremisten Knowland und Radford, die mit Tschiang-Kai-schek durch dick und dünn gehen, gestärkt worden ist. Ob dieses Resultat der brutalen Diplomatie Pekings im Interesse des chinesischen Volkes liegt, darf nach menschlichem Ermessen bezweifelt werden.

Eine letzte bescheidene Hoffnung besteht noch: auf einen "kalten" oder "schweigenden" Waffenstillstand. Auch ohne formelles Abkommen zur Herstellung von Waffenruhe mag es möglich sein, den Frieden zu retten; wenn die Amerikaner Tschiang-Kai-schek dazu bewegen können, die Inseln Quemoy und Matsu vor der chinesischen Küste, die ja rechtmäßiges chinesisches Territorium sind, kampfflos zu räumen, dann würde sich vielleicht eine de-facto-Waffenruhe daraus ergeben, und Peking würde auf absehbare Zeit darauf verzichten, Formosa anzugreifen, was ja militärisch ein schwieriges Unternehmen ist. Aber diese schwache Hoffnung beruht auf mehreren zweifelhaften "Wenn's" und setzt eine Bereitschaft zur Zurückhaltung und einen Willen zum Frieden voraus, den man im Augenblick nicht deutlich erkennen kann. Aus diesem Grunde ist im Augenblick nicht allzuviel Anlass zur Zuversicht vorhanden. * * *

Eine Teilung Nordrhein-Westfalens?

sp - Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold hat nach langem Schweigen kürzlich Stellung sowohl zu den seit Jahren umlaufenden Gerüchten über Gebietsansprüche des Landes an seine Nachbarn Rheinland-Pfalz und Niedersachsen wie zu den neuerlich mit größerer Lautstärke vorgetragenen Forderungen des "Westfalenskreises für öffentliche Angelegenheiten" auf Verselbständigung Westfalens genommen. Der Ministerpräsident hat Gebietsansprüche in Abrede gestellt, eine Teilung des Landes verneint und dabei den zweifellos berechtigten Gedanken ausgesprochen, man möge die Reform der Bundesländer überhaupt bis zur Wiedervereinigung Deutschlands zurückstellen.

Man sollte sich davor hüten, die politischen Zufallsgründungen der Bundesländer durch die Besatzungsmächte als der Weisheit letzten Schluß zu betrachten und sie für sakrosankt erklären. Es sprechen sicherlich gewichtige Bedenken gegen eine Vereinigung des Rheinlandes mit Westfalen - jedes der beiden Landesteile hat mehr Einwohner als Baden-Württemberg oder Niedersachsen. Andererseits lief die alte Provinzialgrenze genau durch die Mitte des Ruhrgebietes, was trotz einheitlicher wasserwirtschaftlicher und siedlungspolitischer Verbände der gebotenen einheitlichen Verwaltung Abbruch getan hat. Eine Bundesländergrenze hätte diese schon in der preussischen Verwaltung gegebenen Differenzierungen zweifellos noch verschärft, zu dem in Westfalen immer eine sehr viel größere Eigenwilligkeit in Fragen kommunaler Selbstverwaltung und Unabhängigkeit geherrscht hat. Der rheinische Teil - stärker und vielseitiger industrialisiert - durch den Rhein internationaler verbunden - neigte großzügigeren Lösungen zu. Es ist zudem in Westfalen - jedenfalls im Münsterland - immer eine gewisse Abneigung gegen die großstädtische Entwicklung des Ruhrgebietes zu spüren gewesen, weil man besonders in den Kreisen, die heute eine Loslösung Westfalens propagieren, eine Beeinträchtigung der westfälischen Eigenart befürchtet.

Die Separationsbewegung Westfalens, die, abgesehen von den Heimat-

bünden, nicht auf eine große Gefolgschaft im Osten Nordrhein-Westfalens rechnen kann, hat aber auch ihre wirtschaftlichen Interessen. Zu dem "Westfalenkreis für öffentliche Angelegenheiten" gehören u.a. die Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer in Dortmund und Münster. Man darf annehmen, dass diese Kreise nicht allzu ernstlich an einer "Los- von Düsseldorf-Bewegung" interessiert sind, sondern auf eine stärkere Berücksichtigung Westfalens bei der Verteilung der Landesmittel drängen. Vor allem wird der beschleunigte Ausbau des Dortmund Emskanals verlangt, denn von seinem Funktionieren hängt weitgehend das Schicksal der im Dortmunder Raum liegenden Eisen- und Stahlindustrie ab, während die im rheinischen Oberhausen-Duisburg-Rheinhausener Raum liegende Konkurrenz durch die unmittelbare Lage am Rhein an dem Dortmund-Ems-Kanal wenig interessiert ist und interessiert sein kann. Der Ministerpräsident hat eine Reihe von Zahlenangaben gemacht, aus denen hervorgeht, dass Westfalen trotz seiner geringeren Steuerkraft bei der Verteilung der Landesmittel höhere Pro-Kopf Beträge erhalten hat. Diese Angaben werden von den westfälischen Interessenten größtenteils für nicht zutreffend gehalten.

Bei den politischen Parteien des Landtags ist die Separationsbewegung der Westfalen auf wenig Gegenliebe gestoßen, ebenso wie die Propagierung eines selbständigen Rheinlandes mit Anschluß von Koblenz und Trier. Solche Tendenzen sind allerdings in gewissen CDU-Kreisen noch vor einem Jahr recht wohlwollend diskutiert worden, weil man sich in einem solchen Rheinland, oder ein um die Bezirke Koblenz und Trier vergrößertes NRW eine sichere CDU-Mehrheit versprach, die ohne Koalitionspartner regieren könnte. Ein selbständiges Westfalen hingegen dürfte von der SPD bestimmt sein, es sei denn, dass protestantische Teile an der Weser an Niedersachsen im Austausch gegen den überwiegend katholischen Teil Osnabrück-Land gegeben würden. Wenn Ministerpräsident Arnold und mit ihm die CDU-Fraktion sich heute von allen Gebietsdiskussionen distanzieren, so deshalb, weil nach dem Ausgang der letzten Wahlen derartige Berechnungen zu viele Unsicherheitsfaktoren für die CDU enthalten.

Wechselbalg Fragebogen

gc. Fragebogen sind modern, sie sind eine Erscheinung unserer Zivilisation, und für die heutige Statistik ist ihre Auswertung ein unentbehrliches Hilfsmittel. Aber Fragebogen ist nicht immer gleich Fragebogen. Der kürzlich von Unternehmern an Arbeitnehmer verteilte, stellt eine Kategorie besonderer Art dar, sein Zweck ist nicht die Erfragung statistisch wichtiger Merkmale, sondern der Versuch, Unruhe in die Arbeiterschaft zu tragen. So tritt er mit sechs Punkten an die Arbeitnehmer heran, um über die Einstellung zu Lohn- und Gehaltsfragen und zum Streik Auskunft zu erhalten. Da wird z.B. unter 2) ein Stoß gegen die demokratischen Grundrechte geführt:

"Halten Sie es für richtig, dass eine Lohn- oder Gehaltsaufbesserung durch Gewaltakte - wie Streik oder ähnliches - erzwungen wird? (Politischer Scheinlohn)"

Weiter ist nicht nur angefragt, ob der Empfänger an einem von den Gewerkschaften ausgerufenen Streik teilnehmen wird, auch die Stellung der Ehefrau soll geklärt werden, und in einer Frage ist zugleich die Lockung enthalten, bei möglichst hohem Leistungsgrad des in Ruhe und Frieden arbeitenden Betriebes eine entsprechende Auswirkung auf das Arbeitentgelt zu erzielen.

Eine kleine Parallele aus jüngster Vergangenheit: Als die Berliner Wahlen zum ersten Mal nach der Teilung dieser Weltstadt wieder die SED (Sozialistische Einheitspartei) im Wahlkampf sahen, waren unentwegt in den Westsektoren Trupps unterwegs, die von Haus zu Haus zogen, die Wohnungsinhaber nach ihrer Meinung über die Haltung zur SED usw. befragten, und groß waren Jubel und Zuversicht in der Ostpresse, bis ... der Wahltag die Quittung präsentierte.

Ähnlich wird es diesem Pamphlet von Fragebogen ergehen, und gewiß wird schon der kurze Streik verschiedener Gewerkschaften als spontane Reaktion auf eine provozierende und verlogene Äußerung des Generaldirektors Reusch den Propagandisten der unternehmerischen Seite ein jähes Erwachen mit schmerzenden Kopf bereitet haben.

Fragebogen sind in unserer Zeit ein unerläßliches Mittel der statistischen Erhebung. Doch achten wir auf die Wechselbälge unter ihnen, die heimtückisch im öffentlichen Leben untergeschoben werden.

Verantwortlich: Peter Raunau